

## Hochwasser

**Komprimierter Schnellkurs in haushalts-, steuer-, wirtschafts- und stabilitätspolitischer Finanztechnik im Lichte von Bürgernähe, Gerechtigkeit, Kompetenz und Führungsstärke**

Städte und Dörfer werden unter Wasser gesetzt, Häuser und Möbel schwimmen weg, und neben Mengen von Giftschlamm hinterlässt die Flut eine Masse von geschädigten Leuten. Die Nation, in der das passiert, ist stinkreich, wird als Wirtschaftsriese geführt und gehört zu den 7 Großen. Und was tut diese Nation? Logo, helfen!

Ihr Chef versichert den Opfern, dass er für Abhilfe zuständig und genug Reichtum dafür da ist: „Gemeinsam werden wir es schaffen. Die wirtschaftliche Kraft unseres Landes reicht aus, um diese Aufgabe zu schultern.“ Deutschland ist schließlich keine solche Nation, die vor einer Naturkatastrophe in die Knie geht. Ebenso klar ist aber, den Maßgeblichen jedenfalls sofort, dass die „Aufgabe“, die es zu „schultern“ gilt, eine ganz andere ist, als Lebensmittel und Baumaterial aus den überreichlichen Lagerbeständen nach Sachsen umzuverteilen und den Einsatz von Aufräum- und Bautrupps aus dem ebenso überreichlich vorhandenen Arbeitskräftereservoir zu organisieren. Darum geht es höchstens zuallerletzt. Die „schnelle und unbürokratische Hilfe“ ist nämlich, wie alles in diesem Gemeinwesen, zuallererst eine Frage des Geldes.

Die Flut ist noch unterwegs, überall werden Deiche verteidigt, die Nation ist vom Leid der Opfer zutiefst ergriffen, da wird sie deswegen in ein ganz anderes Thema eingeführt: die Finanzierung der Hochwasserhilfe sowie lauter höhere Rechnungen, die es bei der zu berücksichtigten gilt.

Die Regierung kommandiert einen Haushalt in der Größenordnung von dreistelligen Milliardenbeträgen. Bei dem handelt es sich geradezu um ein politisches Kunstwerk, was die Verteilung der Mittel auf die Aufgaben betrifft, dazu eines mit Gesetzeskraft. Darin geht die Finanzierung der Hilfen nicht einzustellen, die Mittel sind bereits fest verbucht; an diesem Zahlengebäude darf auch nicht gerüttelt werden, weil damit die Solidität der Haushaltsführung – ein hohes Gut – auf dem Spiel stünde.

Freilich gibt es auch Techniken, mittels derer die Politik bei aller peniblen Haushaltsführung dennoch finanzielle Spielräume aus dem Hut zu zaubern versteht. Die werden alle ins Spiel gebracht, um die Vor- und Nachteile ihrer Anwendung zu erörtern, z.B. lassen sich Nachtragshaushalte verfassen oder künftige Haushalte vorwegnehmen. Diese Techniken möchte man hier dann aber doch nicht zur Anwendung bringen: Denn das so überaus solide Kunstwerk des laufenden Haushalts beruht auf *Steuerschätzungen*, die bei einem Nachtrag neu angestellt werden müssten und dann die auf Maastricht berechnete Arithmetik erschüttern würden. Andererseits könnte man auf die für die Zukunft veranschlagten Mittel im *Solidaritätspakt II* zugreifen, wofür der Kanzler zu Beginn plädiert. Dagegen sprechen aber auch gewichtige Gründe. In diesem Pakt sind die Geldzusagen für die Zone niedergelegt, die darauf berechnet sind, dass sich die bisher dort hineingesteckten Gelder doch noch in einem Wachstum auszahlen möchten; die Solidarität gilt der Verhinderung der Abschreibung der Vorfinanzierung eines Zusatzkapitalismus in den neuen Ländern. Außerdem sind in diesem Pakt die höheren Interessensgegensätze und -abstimmungen zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern kunstvoll geregelt, und der da erreichte Kompromiss über die jeweiligen Besitzstände ist viel zu kostbar, um durch die Flutopfer von neuem aufgerührt zu werden.

Die Regierung kann sich freilich auch zusätzlich Geld beschaffen, z.B. per *Steuern* bei ihren Bürgern abholen. Rot-Grün plädiert für diese Lösung, da bietet sich schließlich die Gelegenheit, den allseits bekundeten Opferwillen der Bevölkerung beim Wort zu nehmen! Der Vorschlag, Geld einzutreiben, indem man die

angekündigte Steuersenkung verschiebt, besitzt zudem den Reiz, dass das staatliche Abkassieren in der kuriosen Form eines aufgeschobenen Geschenks daherkommt. Die Idee findet zwar Beifall, allerdings ist man damit auf dem tückischen Gebiet der *Gerechtigkeit* angekommen. Die Gelegenheit möchte sich die Opposition nicht entgehen lassen, ist empört darüber, dass ausgerechnet die Großverdiener vom allgemeinen Helfen verschont bleiben sollen, um gegen die SPD den sonst von den C-lern so verabscheuten Sozialneid zu schüren. Eine solche Rufschädigung kann dann wiederum der BDI-Chef nicht auf sich sitzen lassen und bietet freiwillig eine leicht mit anderen Posten zu verrechnende Steuererhöhung seitens seiner Klientel. Das lässt sich die Regierung nicht zweimal sagen, woraufhin aber die Opposition auf das Feld der *Wirkungen* abschwenkt und mit dem verhinderten *Wachstum* droht: Die Konjunktur verträgt eine Hochwasserhilfe durch Steuern auf Kapitalgesellschaften schon gleich gar nicht, und auch der BDI-Präsident fühlt sich ganz schnell „überinterpretiert“. Im Unterschied zum ordinären Steuerzahler repräsentieren die in seinem Verein versammelten Geldsäcke schließlich höchstpersönlich unser aller Wachstum. Heiklichkeiten der Steuergerechtigkeit nebst Rücksichten der Konjunkturpolitik – auch die Maßstäbe wollen also beachtet sein, damit die Katastrophenhilfe nichts Wichtiges durcheinanderbringt.

Natürlich kann sich die Regierung auch ein Stück *Neuverschuldung* genehmigen, dabei hat sie aber eiserne Regeln zu berücksichtigen, bekannt unter dem Namen Stabilitätspakt. Auf dieser Ebene haben sich die Summen, die für die Flutopfer aufgebracht werden sollen, vor einem anderen Pflegefall zu rechtfertigen: dem gemeinsamen europäischen Geld, das durch übertriebenes Schuldenmachen nicht gefährdet werden darf. „So schlimm die Fluten auch sein mögen: Sie sind keine Entschuldigung, um Europas gemeinsame Währung zu gefährden.“ (SZ 17.8.) Des weiteren werden die Flutopfer damit bekannt gemacht, dass diese Schuldenregeln einzuhalten sind, weil daran wiederum die deutsche Macht hängt, die anderen Nationen auf die Einhaltung der Regeln zu verpflichten, weil diese sonst nur unserem Geld schaden würden... Auch dieses hohe Gut darf keinesfalls gefährdet werden. (Weshalb es, wie nebenbei zu hören ist, auch keinen europäischen Katastrophenfonds mehr gibt: Der ist wegen einer „Inflation kleinerer Katastrophen“ und „undurchsichtiger Kriterien“, wegen Katastrophengewinnlertums von anderer Seite also, auf Initiative deutscher Europa-Parlamentarier abgeschafft worden.)

Die Opposition, inzwischen wieder entschieden mit der Betreuung des Wachstums befasst, dem der Aufschub der Steuerreform Schaden zufügen würde, hat dann aber auch eine Finanzierungsquelle vorzuweisen: der *Bundesbankgewinn*. Der ist zwar einerseits schon in einem Erblastentilgungsfonds verschwunden, nach Auskünften von Experten dann aber doch nicht ganz, sondern hält sich zur Zeit als Manövriermasse bei einer Schuldenmanagementagentur der Bundesregierung auf, die bei der Tilgung mit der Zinsdifferenz zwischen Alt- und Neuschulden operiert, um das Optimum bei der Verringerung der Schulden im Hinblick auf Maastricht hinzubekommen...

Womit die Diskussion endgültig auf höchstem wirtschaftspolitischen Niveau angekommen wäre. Und die Hochwassergeschädigten dürfen sich mitfragen, in welcher Rubrik ihr Bedarf das *Wachstum* mehr behindern würde: als Steuer oder Staatsverschuldung? Schließlich kommt noch Westerwelle mit der sachkompetenten Weisheit daher: Was die Flutopfer brau-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

### Vortrag mit Diskussion

**Die Wirtschaftskrise und der amerikanische Krieg entlarven das Projekt Europa:**

## Der schleichende Aufbau einer Weltmacht geht nicht!

Dass die Gründung einer Großmacht eine blutige Gewaltfrage ist, sagen Imperialismuskritiker seit langem. Dass kapitalistische Mächte, solange sie nicht müssen, keine Beschränkung der Reichweite ihrer Macht dulden und auswärtige Konkurrenten bekämpfen, steht für sie ebenfalls fest. Die europäische Einigung präferierte sich ein halbes Jahrhundert lang wie eine praktische Widerlegung dieser Theorie.

Die neue Krisenlage enthüllt, auf wie viel ökonomischer Spekulation die „immer engere Verschmelzung der Nationalstaaten Europas“ gegründet war. Der weltweite Krieg der USA gegen die Feinde Amerikas legt ganz nebenbei aber gar nicht verhohlen auch noch ein Veto gegen das Entstehen eines weltpolitischen Rivalen in Europa ein. Der Schritt macht deutlich, auf wie viel Duldung und Förderung durch den Konkurrenten, gegen den sich „Europa“ richtet, sowohl der innere Aufbau wie das internationale Gewicht der EU beruht hatte. Damit ist jetzt Schluss. Der friedliche Zusammenschluss von Staaten zu einer neuen Weltmacht und die unkriegerische Eroberung einer ihr entsprechenden Stellung ist eben ein Widerspruch.

**Donnerstag, 17. Oktober 2002, 20.00 Uhr**  
**Ex-KOMM, K4 im Künstlerhaus, Weißer Saal,**  
**Nürnberg, Königstr. 93**

Weitere Termine: 14.11.2002, 5.12.2002  
[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) / [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

### Der „große Wurf“ der Hartz-Kommission: Arbeitslosigkeit als neue Lohnform

Nach der großen Einsicht der Hartz-Kommission steht felsenfest:

– Mit der sozialstaatlichen Verwaltung des Arbeitslosenheeres, für das per Umverteilung von Lohnbestandteilen ein – tendenziell sinkender, zeitlich befristeter – Lohnersatz organisiert wird;

– mit der Vermittlung von Arbeitssuchenden – nach verschärften Zumutbarkeitskriterien, in zunehmend schlechtere Stellen; mit der Kürzung und Streichung von Bezügen vom Arbeitsamt bei Ablehnung ‚zumutbarer‘ Beschäftigung;

– mit Arbeitsbeschaffungs- und Qualifikationsmaßnahmen, denen sich die Klientel der Behörde zu unterziehen hat, damit sie sich nicht „in ihrem Arbeitslosendasein einrichtet“ – kurz:

– Mit all dem, was der Sozialstaat *bislang* unternommen hat, um den Arbeitslosen Beine zu machen, ihnen das Leben auf Kosten der Sozialkassen, das sie sich gar nicht ausgesucht haben, zu verleiden, ist es nicht mehr getan. Was Not tut, sind grundlegende Änderungen: Es gilt, die nationale Arbeitskraftreserve zu einem durchgreifend verbesserten *Angebot an die Arbeitgeber* aufzumöbeln.

Dieser großen Einsicht der Hartz-Kommission folgt der großartige Einfall auf dem Fuße: Aus der Arbeitslosenverwaltungsbehörde muss ein echter Dienstleister für Arbeitgeber werden, der Firmen als „Kunden“ hat und diesen bedarfsgerecht Personal anbietet. Dafür wird das Amt selbst aktiv, tritt als eine Art Zwischenhändler an seine Firmenkundschaft heran und räumt dieser für den zeitweiligen Ankauf der öffentlich feilgebotenen Ware Arbeitskraft Konditionen ein, denen kein Arbeitgeber widerstehen kann.

Zur Verwirklichung dieses Einfalls der Hartz-Kommission wird eine arbeitsameigene Gesellschaft ins Leben gerufen. An die werden diejenigen Arbeitslosen überstellt, denen das ebenfalls aufzubauende behördeninterne Job-Center innerhalb eines halben Jahres keine Stelle vermitteln konnte:

„Jedem Arbeitsamt gliedern wir eine so genannte *Personal-Service-Agentur* an, die wie eine private Zeitarbeitsfirma arbeitet oder sogar eine ist. Dort werden die Arbeitslosen angestellt – mit allen Rechten und Pflichten. Praktisch sind sie dann nur eine Sekunde lang arbeitslos.“ (Hartz in: *Der Spiegel* 26/02)

In Gestalt der Personal-Service-Agenturen übernimmt das Arbeitsamt diejenigen Arbeitslosen, die es dafür „für geeignet hält“ (Han-

delsblatt 15.8.), selbst in ein *arbeitsrechtliches Verhältnis*. Damit tritt ihnen die Behörde in der Rechtsposition eines *Arbeitgebers* entgegen, der ihnen einen Lohn zahlt und sie dafür – „wie eine private Zeitarbeitsfirma“ – interessierten Unternehmen überlässt; zu Bedingungen, die das Arbeitsamt mit denen vereinbart. Im Unterschied zu dem, was in der Welt der Arbeit, auch der der Leiharbeit, immer noch als normal gilt, kommt *dieses* arbeitsrechtliche Verhältnis allerdings nicht erst darüber zustande, dass die Arbeitssuchenden die Verfügung über ihre Arbeitskraft gegen einen Lohn und zu sonst noch ausgemachten Bedingungen an einen Arbeitgeber abtreten. Das Arbeitsverhältnis ergibt sich vielmehr „automatisch“ als Rechtsfolge daraus, dass sich nicht sofort ein neuer Käufer für ihre Arbeitskraft finden lässt: Nach einem halben Jahr erfolgloser Vermittlungsbemühungen *verlieren* sie das Recht auf freie Verfügung über ihre Arbeitskraft – es geht, ohne dass sie daran irgendwelche Bedingungen knüpfen könnten, an die staatliche Arbeitsbehörde über. Und die bestraft ihrerseits Arbeitsverweigerung mit Leistungsverweigerung: „*Lehnt*“ ein Arbeitsloser seine Anstellung bei der Agentur „*ab*, wird nach drei oder sechs Monaten das *Arbeitslosengeld gekürzt*.“ Die Vorteile dieser Neuerung liegen für den Vorsitzenden der Kommission klar auf der Hand:

„Während es für das Arbeitsamt heute ausgesprochen schwierig ist, Arbeitslose zur Annahme bestimmter Jobs zu zwingen, kann die Service-Agentur so etwas künftig einfach durchsetzen. Denn anders als das Amt ist die Agentur ein echter Arbeitgeber und kann, genauso wie ein Unternehmen, die bewährten Sanktionsprinzipien des Arbeitsrechts nutzen ... Wer nicht arbeiten will, fällt auf – und bekommt dann eine erheblich geringere Unterstützung.“ (Hartz in: *Der Spiegel* 32/02)

Unverhohlen gibt Hartz zu Protokoll, dass seine Kommission an der Einrichtung einer modernen Form staatlich organisierter Zwangsarbeit arbeitet. Wie kann man Leute zur Annahme von Jobs zwingen? Diese Frage beschäftigt seine Kommission, ohne damit Anstoß zu erregen. Und die sieht er innerbetrieblich so hervorragend durch das Arbeitsrecht beantwortet, dass er diesen „bewährten“ Hebel zur Durchsetzung der Befehlsgewalt des Arbeitgebers über seine Mitarbeiter nun auch im Verhältnis zwischen Arbeitsamt und Arbeitslosen wirksam werden lassen will; im Verhältnis

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### Einführung in die Pädagogik<sup>1</sup>

## Die verlogene Sehnsucht nach totaler Übereinstimmung von Erziehung und Kind

Praktisch war und ist „Erziehen“ immer ein klarer Fall. Die staatlichen Einrichtungen, in denen der Nachwuchs der Pflicht nachkommt, sich die elementaren Voraussetzungen für das Leben in der modernen kapitalistischen Demokratie anzueignen, stehen schließlich ebenso fest wie die Aufgaben des Personals und die Karrieren, in die besagte moderne Gesellschaft ihren Nachwuchs einweist. Wo das Erwachsenwerden so ganz selbstverständlich mit der Bemühung zusammenfällt, den Notwendigkeiten, die die Gesellschaft für die Jugend bereithält und als Reich von Chancen anpreist, gerecht zu werden, verböte sich eigentlich die Vorstellung, „Erziehen“ wäre etwas anderes als die zweckgerechte Unterwerfung von Kind & Kegel unter die staatlich beaufsichtigte „Gemeinschaft“. Von den *Kindern* hängt es jedenfalls nicht ab, in welchen Formen sich ihre „Integration“ in die Welt von Arbeit und Beruf vollzieht. Ebenso wenig aber auch von den trostreichen Selbstdeutungen, mit denen Kindergärtner und Studiendirektoren sich und anderen hartnäckig einreden, die Geschicke der nächsten Generation seien zweifelsohne eine Frage der aufopferungsvollen „Arbeit am Kinde“.

Entgegen der Behauptung, die „Betreuung un-erzogener Kinder sei ein Amt, das höchste Verantwortung nebst Einfühlungsvermögen etc. erfordere, ist nämlich festzustellen, dass es ein solch abstraktes und erhabenes Ding wie „das Erziehen“ gar nicht gibt - in der Wirklichkeit wenigstens. Da besteht „die Erziehung“ aus Zensuren und Versetzungen, aus Stunden- und Lehrplänen, aus Deutsch und Mathe.

In der Vorstellung der Wissenschaft von der Pädagogik gibt es „die Erziehung“ allerdings schon. Und zwar nicht als den wissenschaftlichen Begriff der *stattfindenden* Erziehung, sondern als das Etikett, welches der vorsätzlichen Selbsttäuschung recht gibt, Erziehung wäre neben Prüfen, Belehren und Benoten noch etwas ganz anderes und zwar viel Höheres, Wertvolleres. Dem Beweis dieses Dogmas widmet die Erziehungswissenschaft ihre ganze Energie.

### Erziehen – nichts als Rücksichtnahme

Den Vorwurf des Idealismus tragen Pädagogen mit Gelassenheit - er ist ihr *Programm*. Das kündigen sie an, wenn sie sich mitten in einer Welt, in der täglich Erziehung *stattfindet*, und zwar für durchaus eindeutige *Zwecke*, die Frage stellen, *ob* Erziehung überhaupt *möglich* und *notwendig* ist:

„Wieso ist überhaupt davon auszugehen, dass der Mensch erzogen werden kann und muss?“ (A. und R. Kaiser, Studienbuch Pädagogik, Grund- und Prüfungswissen, 1981, S.15)

Diese Fragen wollen nichts davon wissen, *welche* Zwecke die *herrschende* Erziehung notwendig machen. Vielmehr wird ganz absichtsvoll *abgesehen* von allen vorfindlichen Einrichtungen und Maßnahmen zur Verfertigung „vollwertiger Gesellschaftsmitglieder“. Gesucht ist nämlich ein Grund für Erziehung, der *über* allen schnöden Zwecken schwebt, die die Erziehungswirklichkeit bestimmen. Gesucht ist also ein so menschlich-allzumenschlicher Begriff von Erziehung, dass Erziehung - wie immer sie stattfindet - schon mal sehr prinzipiell in einem befürwortenswerten Licht erscheint. Daher landen Pädagogen dank ihrer Abstraktion von den jedermann geläufigen praktischen Verlaufsformen des Erziehungsgeschäfts auch bei Erziehungsdefinitionen der folgenden Art:

„Erziehung ... besteht im wesentlichen darin, dass man auffordert, selbst jemand zu werden; hierin stimmt der Erzieher mit dem Zögling überein, denn dieser will immer schon selbst jemand werden.“ (Fischer-Lexikon)

Der erzieherische Zweck definiert sich hier ganz aus dem Willen des Edukanden. Sein väterlicher Freund gibt vor, gar nichts anderes vom Kinde zu wollen, als dieses von sich selber will. Und weil das Kind dann umgekehrt auch nur *sich* folgt, wenn es sich „führen“ lässt, ergibt sich das schöne Fazit, dass jeder nur will,

was der andere will. In diesem erbaulichen, weil völlig zweckfrei gehaltenen Gebilde, beschwört die Pädagogik einen Begriff von Erziehung, der nichts als *Rücksichtnahme* auf das Kind zum Inhalt hat: Sie will dem Kinde *entsprechen*. Sie will ihm also partout nichts „Fremdes“ hinzufügen, sondern nur den Schliff geben, den es immer schon hat. Dieser Unzweck gilt Pädagogen nicht als Widersinn, sondern als hohes und leicht zerbrechliches Ideal, dem Erziehung immerzu nachstreben muss.

So schaffen es die hoch gesinnten Denker, dem bürgerlichen Erziehungswesen ein vortreffliches Zeugnis auszustellen, ohne dass dafür auch nur die Kenntnissnahme einer der gültigen Erziehungsmaßnahmen von Nöten wäre: Im *Prinzip*, so ihre Auskunft, ist die herrschende Bildung nichts als eine besondere Ausformung jener ganz kindorientierten Erziehung überhaupt. Und als solche ringt sie immerzu um den harmonischen Begriff von Erziehung, den sich die Pädagogik in der lichten Höhe des idealistischen Denkens ersonnen hat. Aber natürlich nur „im Prinzip“: Denn niemand jammert so gerne über die „schlechte Erziehungswirklichkeit“, wie die Pädagogenzunft selber. Allenthalben wird nämlich *abgewichen* von dem, was Erziehung eigentlich ist. Eine Kritik, die nur die Ideologie *bestätigt*, ein ganzer Berufsstand ringt mit nichts anderem als „kindgemäßer“ Erziehung, und die Schwere der hehren Aufgabe unterstreicht: „Ach wie schwierig ist es, das Kind nicht zu über-/unterfordern!“ Die bürgerliche Erziehung ist so beisehen dann nichts als *eine mögliche* Bewältigung der hohen, aber schweren Aufgabe namens kindgerechte Erziehung. Und jeder vom Staat an sein Erziehungswesen erlassene Auftrag gilt als mehr oder weniger gelungener Versuch, dem Kind gerecht zu werden.

Wer *pädagogisch* denkt, reflektiert sein Geschäft also ganz verkehrt: Jeder bemerkte *Gegensatz* zwischen den Aufgaben eines Erziehungsbeamten und den Interessen der Schüler wird erschlagen mit dem Bild von zwei „Interaktionspartnern“, die letztlich am selben Strang ziehen. Und schon erscheint es in ganz neuem Lichte, wenn pädagogische Praktiker ihre Amtsgewalt zur Durchsetzung des staatlichen Erziehungsauftrags einsetzen: Findet hier nicht die völlig unnötige Verletzung einer eigentlich vorhandenen Übereinstimmung statt, weil der Lehrer z.B. unfähig ist, die Schüler ordentlich zu motivieren? Oder tun die Praktiker etwa das, was sie tun, vielleicht nur deshalb, weil „Führung“ nötig ist, um dem Kind *zu seinem Besten* zu verhelfen?

### Das Kind – ein Ruf nach Pädagogik

Nur Rücksichtnahme will die Pädagogik sein. Nur einen einzigen Dienstherrn will sie kennen, nämlich das Kind. Entsprechend idealistisch gerät der Pädagogik das „Wesen“ des Kindes. Kaum horcht sie hinein in die Kindsnatur, hört sie nichts heraus als einen Ruf nach Pädagogik. Eine wunderschöne Natur ist geboren, die nur im Passiv existiert, also nach pädagogischer Formung schreit. Was ist der Mensch, der kleine zumal? Angewiesen auf Erziehung! Er *muss* und *will* erzogen sein. Für die Ausmalung dieser kindlichen Natureigenschaft ist vor allem die *pädagogische Anthropologie* zuständig. Sie schafft es, einen prinzipiellen Einklang von Erzieher und Zögling zu konstruieren, indem sie das „Gattungswesen“ Mensch im Vergleich zum Tier ziemlich erziehungsbedürftig aussehen lässt:

„Der Mensch reift im Mutterleib zur Stufe des Nestflüchters, des Füllens oder des Kälbchens mit offenen Sinnesorganen und ausgebildetem Bewegungssystem heran. Trotzdem, und das unterscheidet ihn von anderen hohen Säugetieren, ist das Kind bei der Geburt wesentlich hilfloser als zum Beispiel das Fohlen, das Kalb oder das Elefantenjunge.“ (Funkkolleg Erziehungswissenschaft 3, S. 52)

„Es gibt also eine generelle Notwendigkeit für die Erziehung. Diese allgemeine, d.h. unabhängig von den jeweiligen kulturellen und geschichtlichen Verhältnissen bestehende Notwendigkeit (die prinzipielle Erziehungsbedürftigkeit des Menschen) geht auf

einen natürlichen Tatbestand zurück. Im Unterschied zu den Tieren, vor allem zu den höheren Säugetieren, verfügt der Mensch bei seiner Geburt nämlich nicht über all das, was er zu seiner rein physischen Lebenserhaltung braucht...“ (Giesecke, Einführung in die Pädagogik, S.17)

Diesen Mensch-Tier-Vergleich einmal ernst genommen, bliebe dem Erwachsenen nichts anderes übrig, als dem Neugeborenen auf die Stufe eines Jungtiers zu verhelfen. Erziehung bestünde dann im Verabreichen der Flasche und Laufenlernen. Aber so ist das natürlich nicht gemeint. Weder soll man diesen, den Schein biologischer *Gesetzmäßigkeit* suggerierenden Bildern entnehmen, dass man es als Erzieher am besten den Rabenmüttern gleich tut und das Menschenjunge aus dem Nest schmeißt. Noch soll überhaupt irgendeine *konkrete* Erziehungsmaßnahme wie Milchflasche, Windel, Laufstall oder Puppenstube begründet werden. *Hergeben* soll der Verweis auf den hilflosen Säugling nämlich *viel mehr*: Ganz auf sich gestellt käme das Menschlein nie in „der Welt“ zurecht – also muss *ganz überhaupt* Erziehung sein. Dabei könnte einem schon noch auffallen, dass der Maßstab völliger Unfug ist, der Kinder und Viecher gleichermaßen daran misst, wie sie „die Welt“ bewältigen. Denn im Unterschied zu Tieren sind Kinder eben keine bloße Natur. Deswegen werden sie auch noch in jeder Gesellschaft auf irgendeine Weise auf die *Aneignung* von Natur vorbereitet. Sie müssen also gar nicht in einer *Tier-Welt* zurechtkommen, sondern in einer – im übrigen gar nicht allgemein menschlichen – Gesellschaft samt ihrem Erziehungswesen, in der ganz *bestimmte* Zwecke gültig gemacht sind. Aber einem Anthropologen zu sagen, er solle sich doch mal *dieser* theoretisch zuwenden, wäre wirklich verfehlt. Er ist ja gerade auf die Abstraktion von allen gültigen gesellschaftlichen Anforderungen an den Nachwuchs scharf, um dem Menschen Erziehung überhaupt als Naturnotwendigkeit anzudichten. Und nur dafür wurde der Pseudo-Vergleich mit der Tierwelt überhaupt erfunden.

Die erste Antwort des Pädagogen auf die Frage: „Wie müssen wir erziehen?“ lautet also: „Wir *müssen* erziehen!“ Diese Antwort, die eigentlich zirkulär zur Frage zurückführt, leistet jedoch einiges: So hat der Pädagoge aus einer Eigenschaft des Kindes, die es gerade *nicht* hat - es ist nicht erzogen - einen Auftrag für sich selbst gestrickt. Und dieser enthält erstens eine *Freibrief* für die Erziehung: Sofern es sie *gibt*, ist sie schon mal durch die Menschennatur gedeckt, was immer sie vorhat. Zweitens hat der Auftrag den Vorzug, dass er nicht nur so einfach vom Pädagogen in die Welt gesetzt wurde, sondern aus seinem *Dienstherrn*, dem *Kind* selbst „abgeleitet“ wurde. Jetzt sagt eben nicht nur der Erzieher, dass das Kind ihn braucht. Jetzt sagt es angeblich das Kind selber. Und dafür braucht das Kind dankenswerter Weise *gar nichts* zu sagen. Durch seine bloße *Existenz* ist es ein lebender Schrei nach Pädagogik. Das ist deshalb besonders wertvoll, weil so der Erziehungsauftrag des Pädagogen durch den kindlichen Auftraggeber die höhere Weihe bekommt.

Gott sei Dank *fordert* das Kleine nun nicht nur, sondern hat auch einiges *zu bieten*: Zur Erziehungsbedürftigkeit gesellt sich die *Erziehbarkeit*:

„Man kann offenbar den menschlichen Säugling nicht nur als ‚Mängelwesen‘ definieren, wie es Gehlen versucht hat, so sehr das eine Seite seiner Unterschiedenheit vom Tier wirklich trifft. Die Mängel an angeborenen Fähigkeiten und Instinkten werden überspielt von der positiven, den Menschen auszeichnenden Gabe - und das ist die wichtigste Interpretation dieser biologischen Fakten -: nämlich von einer unendlichen Lernfähigkeit... Dabei ist gerade die ‚Hilflosigkeit des sekundären Nesthockers, zugleich die Bedingung für seine Sozialebarkeit.‘“ (Funkkolleg Erziehungswissenschaft 3, S. 53/54)

Es ist also der „Mangel“ selber, der zugleich das ganz große „Plus“ enthält. Gerade weil das Kindlein noch so „unfertig“ ist, *kann* es erzogen werden. So verfertigt die Pädagogik aus der zunächst begeistert vorgestellten *Negativ-Bestimmung*, nach welcher das Kind dringend der Erziehung bedarf, eine *Positiv-Bestimmung*. Und schon ist es seine *Wesenseigenart*, tatsächlich erzogen werden zu können.

Die Albernheit dieser sehr ernst gemeinten Feststellung, dass Erziehung - die doch offenkundig ständig stattfindet – tatsächlich *möglich* sei, gibt für den Pädagogen durchaus ei-

nen Sinn. Nun dürfte ihm doch niemand mehr vorwerfen können, an das Kind etwas heranzutragen, was nicht voll und ganz dessen innerstem Wesen entspricht: Weder ist es allein auf seinem Mist gewachsen, dass das Kind der Erziehung bedarf, noch kann er, der Pädagoge, in den Verdacht geraten, dem Kinde einen notwendigen Dienst angedeihen zu lassen, der diesem vielleicht, mangels Lernfähigkeit, schlecht bekommen könnte.

All dies *ist* jedoch allein auf seinem Mist gewachsen, und so lässt ihn der Verdacht, es ließe sich bei dieser theoretischen Ausgestaltung der Erziehung immer noch *an Absichten von Erziehern* denken, nicht ruhen. Da gerät selbst die Vokabel „erziehen“ in Misskredit, weil sie immer zwei getrennte Seiten impliziert: eine, die erzieht, und eine, die erzogen wird. Am liebsten möchte der Erzieher auch noch diese Vorstellung aus der Erziehung theoretisch verbannen. Nur wenn er sich das ganze Geschäft *zwecklos*, d.h. ohne Zwecke setzende Subjekte und den Zwecken zugeführte Objekte, vorstellen kann, scheint er zufrieden zu sein.

So kann es denn vorkommen, dass aus dem „erziehen“ ein „lernen“ wird, in welchem der Erzieher gar nicht mehr vorkommt:

„Lernen und Lernfähigkeit verhalten sich zueinander wie Akt und Potenz im gleichen Subjekt. Die Lernfähigkeit ist die den Akt des Lernens ermöglichende psychische Disposition... Erziehen und Erziehbarkeit sind dagegen nicht im gleichen Subjekt lokalisiert, sondern Erziehen im Subjekt und Erziehbarkeit im Objekt.“ (Brezinka)

Am besten also sucht man nach schönen Wörtern, die an einen Unterschied zwischen Kind (educandus) und Erzieher (educator) aber auch wirklich nicht mehr denken lassen. „Lernhelfer“ soll der Lehrer sein, „Entwicklungshelfer“, einer „Hebamme“ gleich, die nur ans Licht holt, was schon da ist, oder einem „Weingärtner“, der den ihm anvertrauten Stock hegt und pflegt.

Eines scheint da ausgeschlossen: dem Kind etwas zu erklären oder beizubringen, weil man es für richtig und wichtig befindet. Für einen Pädagogen ist umgekehrt der Erzieher - obwohl er doch sein muss - da am nützlichsten, praktischsten und kindgerechtesten, wo er gar nicht mehr vorhanden ist:

„Zugleich ist das Ziel rechter... Führung sich selbst zunehmend überflüssig zu machen.“ (Fischer-Lexikon)

Sollen sie sich doch mal entscheiden! Auf der einen Seite dieser *totale* Auftrag - bekanntlich ist der Mensch ohne Erziehung ein Nichts -, und dann dieser *Kleinmut* bei der Bestimmung des Erziehungsgeschäfts: Nichts soll auf den Erzieher als das den Auftrag erfüllende *Subjekt*, das eigene Vorstellungen verfolgt, verweisen dürfen.

In ein solches Dilemma gerät man natürlich nicht deshalb, weil man die schlichte Wahrheit über Erziehung, die eben nie ohne die Durchsetzung des erzogenen gegenüber dem ungebildeten, kindischen Willen auskommt, nicht ertragen könnte. Dieser unausbleibliche Gegensatz ist nämlich erkennbar von recht harmloser Natur und löst sich ohnehin auf, wenn beim Kind das Interesse am Begreifen der Welt entsteht, welches nun einmal nicht ohne den Ersatz der spielerischen Geistes-tätigkeit durch die Verstandesdisziplin befriedigt werden kann. In ein solches Dilemma gerät man vielmehr nur, wenn die Durchsetzung des erzogenen gegen den kindlichen Willen gleich in der Form des staatlichen Erziehungsmonopols mit Schulpflicht, Notenzwang und verbeamteter Erziehungsgewalt existiert. Nur deshalb werden die theoretischen Bemühungen, die Erziehungspraxis auf das pädagogische Ideal hin zu bürsten, also als Hilfe im Namen des kindlichen Willens vorzustellen, bei Pädagogen ziemlich intensiv.

### Vom Zwiespalt eines Verhältnisses mit zwei Seiten

Man sieht: Die Pädagogik ist eine einzige *Problemwelt*, die sie sich mit ihrer Erfindung der Doppelnatur des Kindes selbst eingebrockt hat: *Führen* im *Dienste* des Kindes. Also formuliert sie ihren sehr *universellen* Führungs-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 mitte

**Sozialistische Gruppe**  
**Erlangen Nürnberg (SG)**  
 c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
**www.sozialistischegruppe.de**  
 E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

## ARBEITSLOSIGKEIT ALS NEUE LOHNFORM

dazu befindet er alles, was das Arbeitsamt bislang an Sanktionsprinzipien zur Anwendung gebracht hat, für eine matte Sache. Das Programm der Hartz-Kommission ist damit klar: Es gilt, einen Arbeitsdienst an einer Wirtschaft zu organisieren, in der *Rentabilität* der Arbeit oberstes Gebot ist. Und angesichts dessen, dass sich vor *diesem* Kriterium ein stattlicher Anteil der nationalen Arbeitskraft als unbrauchbar erweist, bedarf es dazu eines differenzierteren Konzepts. Nämlich des folgenden: Der Staat erledigt für die Unternehmer im Lande als Erstes das leidige *Problem mit dem Lohn*. Den zahlt nämlich erst mal die Agentur – selbstverständlich nicht in der Höhe, wie er in den privaten Entleihfirmen nach Tarif gezahlt wird. Nach letzten Meldungen soll vom ersten Tag an nach einem extra PSA-Tarif bezahlt werden, der niedrigere Einstiegsgehälter vorsieht. Zur Finanzierung dieses Lohnes benutzt der Sozialstaat Teile des Lohns der arbeitenden Bevölkerung, die er sowieso schon für seine Arbeitslosenverwaltung beschlagnahmt. Was er sich dann für verliehene Arbeitskraft vom ausleihenden Unternehmen zurückholt, das steht auf einem völlig anderen Blatt und ist grundsätzlich Verhandlungssache zwischen PSA und interessierter Firma – die Leasing-Kosten für PSA-Kräfte liegen folglich irgendwo zwischen Spottpreis und Nulltarif. Die Sozialbeiträge trägt ebenfalls die Agentur, natürlich auch aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Und auch von dem dritten

## Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

großen Beschäftigungshindernis neben Lohn- und Lohnneben-Kosten, der schauerlichen „Verkrustung“ des Arbeitsmarkts durch Restriktionen beim Rausschmeißen, werden die Firmenkunden der PSA automatisch befreit: Kündigungsschutz genießen die Leiharbeiter bei „ihrer“ Agentur, der sie, einmal vom Job-Center dorthin überstellt, nicht mehr auskommen; für die Entleihfirmen erübrigen sich damit alle einschlägigen Vorschriften. Freilich wollen die Hartz-Reformer erst einmal so verstanden sein, dass bei den anvisierten neuen Arbeitsstellen an *zusätzliche* Jobs zu denken ist und nicht an eine Kosten sparende Erneuerung des Belegschaftsbestandes. Doch der „Charme“, den der Chef der Kommission seinem Konzept nachsagt, erschöpft sich darin nicht; und den Wink mit dem Zaunpfahl lässt er von seinem „Spiegel“-Interviewer auch gern aus sich herauslocken:

„**Spiegel:** Dann könnte die Firma ja gleich jemand Neues einstellen. **Hartz:** Das wird sie meistens nicht tun, weil ein Festangestellter oft teurer ist und nur schwer gekündigt werden kann. Das Konzept hat den Charme, dass wir zwei Ziele gleichzeitig erreichen. Die Unternehmen können günstig neue Arbeitsplätze schaffen. Trotzdem haben die Angestellten der Agentur vollen sozialen Schutz. Sie können nicht gekündigt werden und sind sozialversichert.“ (Der Spiegel 26/02)  
Der Charme des Konzepts liegt für die Unternehmer darin, dass sie der Staat von den Rück-

sichtnahmen auf bislang geltende Kündigungsfristen und große Teile der Lohnnebenkosten befreit. Der Charme für die Arbeitslosen liegt darin, dass derselbe Staat die Notwendigkeiten ihres Lebensunterhalts als diese menschliche Manövriermasse der Unternehmer in dem Maße übernimmt, in dem sie ihm unerlässlich erscheinen. Eingearbeitet in das Konzept sind deswegen auch alle möglichen zusätzlichen Reflexionen, insbesondere „familienfreundliche“, denn auch die Reproduktionsnotwendigkeiten einer Keimzelle des Staates mit einem mobilen Leiharbeiter als Ernährer wollen alle bedacht sein; deswegen sollen „arbeitslose Familienväter“ bevorzugt in feste Stellen vermittelt werden; „jüngere Alleinstehende“ müssen hingegen mit den verschärften Zumutbarkeitskriterien zurechtkommen etc.

So kann es also losgehen, mit schönsten Sonderangeboten des Sozialstaats an die Unternehmer im Lande: Die Firmen können nach Belieben, in jedem erwünschten Umfang „kurzfristig einsetzbare, jederzeit kündbare Arbeitskräfte“ anfordern; und zwar für x-beliebige Handlangerdienste überall in der Republik. Die Arbeitslosen werden den Unternehmern vom Staat zu unschlagbar günstigen Konditionen als *beliebig einsetzbare Manövriermasse* offeriert; und dank dieser Eigenschaft sollen sie *vermehrt eingesetzt* werden. Mehr von der nationalen Arbeitskraft soll einer kapitalistischen Benutzung zugeführt werden, indem man ihre Benutzer von jeder regulären Lohnzahlung und den rechtlichen Kautelen einer regulären Anstellung befreit.

Die Hartz-Kommission unterstellt in ihrem Konzept die Arbeitslosen konsequent dem Zweck, dem die marktwirtschaftliche Erwerbsarbeit wirklich und ausschließlich dient: Damit *mehr eingestellt* werden können, brauchen Unternehmer *mehr Ausbeutung*; und damit *mehr Ausbeutung* stattfindet, müssen die *Ausbeutungsbedingungen* für Arbeitgeber durch den Staat grundlegend verbessert werden – nur so werden Arbeitslose wieder zu kapital-nützlichen Gliedern der Gesellschaft. Sozialstaat heute.

Radio Lora vom 16.09.02

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden unter:

<http://home.link-m.de/lora/gegenstp/index.htm>

## Lesetipp:

Die ausführliche Analyse zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission

steht im neuen GegenStandpunkt 3-02 unter dem Titel:

Das neue Arbeitsamt: vermarkten statt vermitteln

1. Die große Einsicht
2. Der großartige Einfall
3. Das Konzept zur Umsetzung  
Job-Center – Personal-Service-Agenturen – Die IchAG/ FamilienAG – Das Bridge-System
4. Und gleich noch ein großartiger Einfall  
Der Job Floater – Das Ausbildungszeit-Wertpapier
5. Die Kritik der Wirtschaft
6. Die konstruktive Rolle der Gewerkschaften
7. Die endgültige Aufbereitung der Materie zum wahlkampfäuglichen Thema

## EINFÜHRUNG IN DIE PÄDAGOGIK

## Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

anspruch, jenes so ganz naturgesetzlich und grundsätzlich zurechtdefinierte Identitätsverhältnis der beiden Seiten der Erziehung, als Identitäts-Problem, mit dem alles und jedes behelligt wird. Mit *Kritik* ist dieser kunstvoll inszenierte und als Wissenschaft durchgeführte Zweifel nicht zu verwechseln. Mit einem schlechten Gewissen auch nicht. (Das überlassen die Pädagogen den Alternativpädagogen.) Allerdings reicht der Zweifel dazu, der Pädagogenschar ein kritisches und selbstkritisches Standesbewusstsein zu verpassen. Der Widerspruch einer Menschennatur, die immer erst noch zu sich selbst gebracht werden soll und muss, verleiht ja von sich aus dem ganz abstrakten Harmoniegedanken den Charakter einer *unermüdlichen Sorge ums Gelingen*, um das es angeblich in der realen Welt bereits geht, das aber *- noch nicht, noch nicht ganz, vielleicht noch nicht* - ideal ist. Auf dem Weg dazu ist man bei aller Kritik aber allemal: Schule - vorsorglich nicht als staatliche Institution gedacht - versündigt sich am Ideal des harmonischen Miteinander, wenn sie die Schüler zu arg sortiert; und am liebsten würde man sich eine Schule vorstellen, die ganz ohne jene, ziemlich begriffslos verurteilte Auslese auskommt. Dass Sortierung der Kleinen auf die Schulhierarchie und damit Berufshierarchie hierzulande gerade den Witz an der Schule ausmacht, lassen Pädagogen da ganz vornehm außen vor.

– Lehrer und Schüler „interagieren asymmetrisch“, weil man sie sich lieber als gleichberechtigte Partner denken will, deren Zweck es ist, sich zu entsprechen.

– Die Begabungstheorie verdächtigt sich, das Kind womöglich zu früh prozentmäßig in Gen und Umwelt aufgeteilt zu haben.

– Die Entwicklungstheorie löst die unlösbare Aufgabe, sich immer auf der Höhe der Entwicklungsstufen zu befinden.

– Die Unterrichtstheorie muss sich des öfteren vorwerfen lassen, sich ein verkehrtes Bild vom Kinderkopf gemacht zu haben, der - naturgemäß - weniger Wissen und dafür mehr moralische Orientierung benötigt. Kindgemäß = *verantwortungsvoll* heißt hier eben, die „Pfähle zu schlagen“, an die sich das Kind „angesichts einer verwirrenden Lebenswelt halten kann.“ (Zöpf)

Kein Pädagoge stellt sich auf den Standpunkt, den Kindern *nichts* beibringen zu wollen, aber das Ansinnen, den Schüler (= direktes Objekt, Akkusativ) schlicht zu lehren, was man besser kann, gilt wegen mangelnder Schülerorientiertheit als absurd bis gefährlich:

„Schüler haben in den meisten Theorien tatsächlich bloß den Stellenwert von Objekten...“ (Peterßen) Nicht der Stoff, sondern der Schüler gibt der rechten Betrachtungsweise das Kriterium, und auch wenn der Schüler etwas *noch nicht* weiß, anknüpfen will man an ihm:

„Schülerorientierte Didaktik ist die Theorie der Analyse und Konstruktion von Lehr-/Lernzielen im Interesse des Lernenden. Das noch weitgehend ungelöste Problem ist dabei die Frage, wie der Lehrer - stellvertretend für den Schüler - dessen subjektive wie objektive Interessen zu bestimmen hat...“ (Reinert)

Eine schier unendliche Reihe von unlösbaren Problemen ihres Identitätsideals tut sich auf, und keiner ist darüber so froh wie der Pädagoge.

## Nützlichkeit – aber total!

Der Schein der Nützlichkeit, den man sich angesichts dieses Konstrukts eines unendlich problematischen Verhältnisses denken soll, ist sehr *total*. Den Idealismus des zwecklosen Zwecks, der nur Rücksichtnahme ist, versieht der Pädagoge nämlich mit Erziehungszielen, die in ihrer Abstraktion an ‚realistischer‘ Parteilichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Jetzt zeigt sich, was mit der Hilfestellung zum „Zurechtkommen“ gemeint war. *Verhaltens- und Handlungsfähigkeit* heißen die gelehrten modernen Namen für die Tugend der Lebens-tauglichkeit, die alle gegebenen Maßstäbe der bürgerlichen Welt unterstellt, es aber als genuinen Zweck des Zöglings ausdrückt, ihnen gerecht zu werden. Lebenstüchtigkeit soll als höchstes Erziehungsziel das unwidersprechliche Interesse des Kindes sein, dem sich jede erzieherische Handlung bloß unterwirft. Die Leistung eines ganzen Berufstandes zeigt sich daran, für diesen *Opportunismus* harmonische *Namen* zu finden. Die reichen von so „kritischen“ Idealen wie „Selbstbestimmung“ bis hin zum Lob des „Einordners“. Zum einen gibt man damit kund, dass man es für wünschenswert hält, wenn der Mensch verstehen lernt, was er tun muss, zum anderen ist man gleich so felsenfest von der Identität von Menschennatur und gesellschaftlichen Ansprüchen überzeugt, dass man biologische Metaphern für angebracht hält, die das Anpassen an gesellschaftliche Verhältnisse der Funktion von Lunge oder Leber vergleichbar machen:

„Die erziehende Generation von Menschen hat immer schon von ihrer eigenen Nachkommenschaft begründbar gefordert, dass sie über ein noch unverstandenes, unreflektiertes, unkritisches Verhalten und dessen Einübung ein Organ (!) erwirbt für die Bewältigung der vor ihr liegenden Lebens- und Berufsaufgaben...“ (Schleiderer)

## Vom wissenschaftlichen Ertrag

Praktisch sind diese Ideale bezüglich des durch Pädagogik zu stiftenden Nutzens allerdings nur in einer Hinsicht: Sie festigen das pädagogische Selbstbewusstsein vom guten, großen und schweren Auftrag des Erziehens. Denn dessen Erfüllung verlangt, wie man hört, die Berücksichtigung nicht nur des Kindes und seiner „objektiven“ Interessen, sondern ebenso

auch der Bedingungen, die verhindern (können), dass besagte Interessen ans Tageslicht kommen. Und dann ist auch noch jedes Individuum unverwechselbar. Angesichts dieser Schwierigkeiten, die sich die Wissenschaft gewissenhaft zusammenkonstruiert, bekennt sie sich ehrlich zu den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit: Zwar ist sie

„an übertragbaren, verallgemeinerbaren Erfahrungen interessiert.“ Aber „es ist unmöglich, das allgemein sich ändernde und von Fall zu Fall ganz unterschiedliche Geschehen in einem einzelnen Erziehungsvorgang zu untersuchen und dann zu sagen, was passiert, wenn man etwas Bestimmtes tut.“ (Schiefele)

Also verkündet sie dem Praktiker im Einzelfall bescheiden, dass er letztlich ganz auf sich allein gestellt ist und schlicht und einfach pädagogisches Fingerspitzengefühl benötigt. So ergibt sich die paradoxe Situation, dass erziehungswissenschaftlich geschulte Pädagogen theoriefeindlich werden *müssen* gegenüber sog. objektiven Analysen, schließlich haben sie es mit unberechenbaren Menschen zu tun und sind auch noch selbst Menschen:

„Da aber nur Menschen erziehen können, macht diese Doppelheit des menschlichen Lebens, reflektierendes und zugleich handelndes Wesen zu sein, notwendig die Zweipoligkeit der Pädagogik aus. Der Pädagoge kann sich nicht aus dem Zusammenhang entlassen, in dem er handeln muss.“ (Gamm)

Wissenschaftliches Ergebnis ist so die Ausmalung von höherer Pflicht und Verantwortung, die der Dienst am jungen Menschen dem Erzieher auferlegt - ein Schwindel, mit dem er sich zur Pose des Selbstmitleids ebenso berechtigt fühlen kann wie dazu, dieselbe für Kritik zu halten: Eine Kritik, die die *einzig realen Gegensätze*, mit denen es ein Lehrer jemals zu tun bekommt - die zwischen ihm als pädagogischem Staatsbeamten und den ihm verpflichteten Schülern -, und seine Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der vorgeschriebenen Zwecke an den Schülern, als durch vielerlei Zufälligkeiten und Bosheiten *verstelltes*, eigentliches harmonisches Miteinander von Kind und Kindesinterpreten deutet: Der Staat macht dauernd Vorschriften, die Schüler sind kein gutes Material und entsprechen ihrem Begriff nicht, manch anderem Erzieher fehlt die rechte Einstellung, etc..

Wer diese vielfältigen Probleme mit Engagement als solche würdigt und überhaupt glaubt, dass Erziehen ein einziges Problem ist, der kann sich dann bescheiden lassen, ein *geborener* Pädagoge zu sein. Auch eine Leistung der Wissenschaft!

1 Wer sich genauer mit den Fehlern der pädagogischen Theorien befassen will, dem sei die Broschüre ARGUMENTE GEGEN DIE PÄDAGOGIK empfohlen. Erhältlich für □ 5,— bei der SG, c/o Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen oder zu bestellen bei GegenStandpunkt-Verlagsgesellschaft mbH, Türkenstr. 7, 80799 München; Tel.: 089/2721604, Fax: 089/2721605, e-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

## Erschienen im Juli 2002:

Peter Decker  
Konrad Hecker

# Das Proletariat

Politisch emanzipiert –  
Sozial diszipliniert –  
Global ausgenutzt –  
Nationalistisch verdorben –

Die große Karriere der  
Lohnarbeitenden Klasse  
kommt an ihr gerechtes  
Ende

GEGENSTANDPUNKT

## Aufstieg und Niedergang der lohnabhängigen Klasse:

- Vom rebellischen Vierten Stand
- über eine Gewerkschaftsbewegung und einige Arbeiterparteien
- zur politischen Emanzipation,
- zur modernen Organisation nützlicher Armut,
- zur selbstbewussten Anpassung an den Reformbedarf von Nation und Kapital

© GegenStandpunkt Verlag 2002

288 Seiten, DIN A5,

Fadensiegelung

ISBN 3-929211-05-X

□ 20,—

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag:

gegenstandpunkt@t-online.de

Tel. (089) 272 16 04 –

Fax (089) 272 16 05

## HOCHWASSER

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

chen, ist Wachstum! Damit das zustande kommt, müssen all die Rechnungen mit Steuern, Staatsschulden, Maastricht-Kriterien etc.pp. ihren Gang gehen; davon hängt es schließlich ab, wie die Katastrophenhilfe „geschultert“ werden kann.

Soviel ist dann nach der Erörterung all dieser Maßstäbe und gültigen Rechenweisen schon klar: Der Reichtum der Nation, wie er mit Hilfe dieser Techniken bewirtschaftet und gefördert wird, ist für andere Zwecke da, deswegen für andere Rechnungen verplant und gibt die Mittel, um Notlagen zu beheben, gar nicht so einfach her. Was schließlich an Hilfen zur Reparatur der auf 0,5% des Bruttosozialprodukts veranschlagten Schäden herauskommt, ist dann die Funktion davon, wie man sie in alle diesem Sozialprodukt gewidmeten Rechenweisen einpasst und was den Regierenden die Wiederinstandsetzung von einem bereits für den Dienst am Wachstum verbuchten Gebiet samt Insassen im Verhältnis zu allen anderen Pflegeobjekten der Nation wert ist. Und danach, nach diesen nationalen Rechenregeln definieren sich Hilfsbedürftigkeit und die Rangfolge der Betroffenenheit.

Den Menschen mit ihrem vernichteten Mobiliar und einsturzgefährdeten Häusern gilt 2 Wochen lang das ungeteilte Mitgefühl der Nation. Davon, deren Schäden zu ersetzen, kann natürlich keine Rede sein. Beckstein: „Der Staat könne nur begrenzt Hilfe leisten; insbesondere sei ein voller Ersatz der Schäden nicht möglich.“ (FAZ 15.8.) Die Menschen dürfen sich glücklich schätzen, wenn ihnen eine Soforthilfe in die Hand gedrückt wird, die eventuell gerade einmal zur Begleichung von Unterbringungskosten reicht. „pro Person 500 Euro, maximal aber 2000 Euro pro Familie,“ das aber auch nur, „wenn die Schäden oberhalb des Kellers über 5000 Euro liegen.“ Und nur für die, „deren Jahreseinkommen 40 000 Euro nicht übersteigt.“ (SZ 19.8.) Wo kämen wir denn hin, wenn der Staat dem mündigen Bürger die Freiheit rauben würde, mit seinen Lebensrisiken alleine fertig werden zu müssen.

Viel schöner ist es doch und echt lebendige Demokratie, wenn sich die Bürgergesellschaft dabei wechselseitig behilflich ist. Von Beginn an wird die private Spendenbereitschaft mobilisiert, denn je mehr auf dem Weg erledigt wird, umso weniger muss im staatlichen Finanzgebäude umgeschichtet werden. Und dort, wo der Reichtum der Nation nur zu privaten Konsumzwecken abfließt, lässt er sich immer noch am leichtesten abzwacken, ohne gleich volkswirtschaftliche oder regierungstechnische Folgekosten zu verursachen. Eichel lässt eine Sondermarke drucken; die Finanzämter fördern die Überweisung von Verdiensten aus Überstunden, indem sie in dem Fall

sogar auf Steuern und Abgaben verzichten; Firmen, deren jährlicher Werbeetat die Sanierungskosten von fünf Dörfern lässig überbrundet, spornen ihre Belegschaft zum Spenden an, indem sie aus der Portokasse zu jedem Belegschafts-Euro einen Firmen-Euro dazu legen; und die Prominenten stellen ihre Prominenz in den Dienst des Benefiz und den Benefiz in den Dienst ihrer Prominenz.

Im Überschwang der Gefühle angesichts der privaten Spendierfreude dürfen wiederum die geschädigten privaten Existenzen insofern nicht vergessen werden, als sie in die verschiedensten sozialen Dienste eingebunden und ihre Pflichten im Unterschied zu ihrem Mobiliar nicht weggeschwommen sind. Ihre finanziellen Verbindlichkeiten bleiben den Geschädigten selbstverständlich erhalten. Dabei gibt es Rechtshilfe: Solange der Mieter seine Wohnung wegen Hochwassers nur eingeschränkt nutzen kann, darf er glatt die Miete mindern. Und auch andere Hilfen: Das Finanzamt genehmigt einen Aufschub, verzichtet auf Säumniszuschläge und denkt sogar an eine Herabsetzung der Vorauszahlung für Einkommens- und Körperschaftssteuer!

Die privaten Kreditinstute freilich können an den Zahlungsverpflichtungen ihrer ruinierten Schuldner nicht herummodellern, schließlich gehört es zu ihren Pflichten, ihrerseits zu schauen, was bei denen überhaupt noch zu holen ist. Und das ist entschieden zu wenig. Deshalb gehören die Banken selber in die Liste der Hilfsbedürftigen und zwar an ziemlich vorderer Stelle: Der voraussehbare Kreditausfall vor allem der Sparkassen wird von staatlicher Seite betreut.

Schließlich gibt es noch geschädigte Existenzen, die mit Recht beanspruchen können, ein Teil der Wirtschaft und deshalb besonders pflegebedürftig zu sein: In dem Fall kommt ein Schuldenerlass ins Gespräch, und dort ist auch die Kreditwürdigkeit nicht weggeflutet worden wie bei vielen anderen, die sich schwer tun dürften, die „schnellen Hilfen“ der Regierung wie die zinsverbilligten Kredite der KfW zu nutzen.

Zuguterletzt gibt es noch ein Hauptopfer namens Infrastruktur, das nun wirklich nach sofortiger Instandsetzung verlangt. Denn damit steht und fällt schließlich die Brauchbarkeit und Benützbarkeit der Gebiete für alle die Rechnungen, auf denen der Reichtum der Nation gründet.

\*

Der Durchgang durch die Rechnungsweisen der Nation, die Prioritätenliste, der sich die Bewirtschaftung des Reichtums verpflichtet weiß, ist nur die marktwirtschaftliche Hälfte der Beratung über die beste Katastrophenbewältigung, dazu kommt noch die demokratische Abteilung. Nicht nur die Kriterien der

Die SG veranstaltet regelmäßig einen Diskussionstermin alle 14 Tage mittwochs, 20.00 Uhr. Näheres unter [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

## Sozialstaat – die Armutverwaltung der kapitalistischen Gesellschaft

Der Staat wird dafür gelobt, dass er es ist, der die hiesige Wirtschaftsweise – den Kapitalismus – sozial-verträglich macht. Damit ist unterstellt, dass der Kapitalismus von sich aus nichts Soziales hat, sondern im Gegenteil – er ist es ja, der als korrekturbedürftig behauptet wird – *dauerhaft Not und Elend hervorbringt*. Nun redet das Lob des Sozialstaats davon, dass der Kapitalismus dadurch einen sozial-verträglichen Charakter bekommt, dass der Staat ihn *gegen* seine Grundrechnungsart auf soziale Gesichtspunkte verpflichtet.

Wenn aber der Staat diese Armut produzierende Wirtschaftsweise nicht einfach abschafft, sondern bestehen lässt und um soziale Maßnahmen ergänzt, dann stellt er sich nicht nur *gleichgültig gegen die Gründe der Armut*. Er tut dann kund, dass es ihm um diese – unsoziale – Wirtschaftsweise zu tun ist, an der ihm bestimmte unsoziale Wirkungen zum Problem werden. Dann ist die Rechnungsweise des Kapitalismus aber auch das gewollte Prinzip und der Sozialstaat eine *Zutat*. Die gelobten sozialstaatlichen Maßnahmen sind dann aber auch nicht die Veränderung des unsozialen Kapitalismus, sondern der *Umgang mit seinen Wirkungen*, also die *Verwaltung der durch ihn hervorgebrachten Armut*. Und der Sozialstaat selbst ist somit kein Dokument für die Zügelung oder Überwindung des Elend stiftenden Charakters des Kapitalismus, sondern ein Dokument für dessen *Fortbestand* – sonst müsste man gar nicht sozial sein.

Wenn schon das herkömmliche Lob des Sozialstaats wenig schmeichelhafte Sachen über ihn und seine Wirtschaft unterstellt, ist es nicht verkehrt, sich einmal anzuschauen, worauf sich die sozialstaatlichen Maßnahmen beziehen, was deren Grund ist und was der Sozialstaat wie leistet.

### Diskussion

am Mittwoch, 23. Oktober 2002 um 20.00 Uhr  
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen

Fortsetzungstermine: Mittwoch, 6.11. und 20.11.2002

Weitere Termine im Wintersemester 2002/03: 04.12., 18.12.2002; 15.01., 29.01., 12.02.2003.

Geld-, sondern auch die der Machtbewirtschaftung im Land kommen angesichts des Katastrophenfalls zum Einsatz: Die Instruktion über Vor- und Nachteile der Finanzierungsinstrumente mündet zielstrebig in dem noch höher gelagerten Thema, dass es bei deren Komplexität und Empfindlichkeit entscheidend darauf ankommt, *wer* denen gerecht zu werden, sachverständig mit ihnen zu hantieren versteht.

*Wer* kennt sich besser aus in Verbuchungstechniken, mittels derer die Maastricht-Prozente pro Jahr eingehalten und dennoch die nötigen Schulden aufgenommen werden können? *Wer* bemeistert das kaum zu bemeisternde Gleichgewicht zwischen sozial ausgewogenen, gerecht, aber nicht wirtschafts- und wachstumsfeindlich gestalteten Steuersätzen? *Wer* schafft es, im Getümmel von dringender benötigter Soforthilfe und Prinzipien einer soliden Haushaltsführung beide Seiten im Griff zu behalten? *Wer* schafft es also, die Lage in einen Eindruck zu überführen, der sich wiederum in Wahlprognosen übersetzt? *Wer* macht also den besten Wahlkampf, unter Beachtung des Prinzips, versteht sich, dass es nachgerade schäbig wäre, mit der Flutkatastrophe Wahlkampf

zu machen? Dass es aber ebenso schäbig wäre, ohne Gummistiefel abseits zu stehen, keine Solidarität zu bekunden, und dumm obendrein, das Bad in der neuen Gemeinschaftlichkeit der Sandsackabfüller zu versäumen und der politischen Konkurrenz zu überlassen?

Der demokratische Sachverstand bekommt es also hin, aus der Gewalt der Flut und der unglaublichen Wassermassen wie aus der Komplexität der marktwirtschaftlichen Rechnungen haargenau *dasselbe* herauszulesen: ein Führer muss her! Da braucht es einen, der *handelt*, der die Nation an die Hand nimmt, der ihr sagt, wo es lang geht! Und wenn es den dann schon gibt, das Kommando über das Technische Hilfswerk wie über die Staatskassen längst organisiert *ist*, und sich der Chef dieser ganzen Bürokratie bloß deshalb mit 'schnell und unbürokratisch' in Positur setzen kann, weil diese funktioniert – dann bringen die demokratischen Gemüter es glatt noch fertig und danken es ihm! Und der hat nur die Sorge, ob die „Stunde der Exekutive“ auch vier Wochen lang hält.

(Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 3-02)

# GEGENSTANDPUNKT

## Politische Vierteljahresschrift

# 3-02

### Krise und Kriegswirtschaft in den USA

Erst geht ein großer Energiehandels-Spekulant und dann gleich die Hälfte und mehr der stolzen ‚New Economy‘ Amerikas pleite. Die ‚Talfahrt der Börsenkurse‘ findet kein Ende. Das ‚Konsumentenvertrauen‘ lässt zu wünschen übrig. Dem Staatshaushalt brechen die Steuereinnahmen weg... Wenn das alles zusammenkommt, dann sind nicht bloß ein paar Wirtschaftsgangster beim Betrügen erwischt worden, dann herrscht in der US-Wirtschaft Krise. Zu dieser nationalen Krisenlage stellt sich die US Regierung, wie es sich für die Weltwirtschafts-Supermacht gehört. An den US-Börsen mögen Geldvermögen im Umfang der Staatshaushalte minderer Nationen zerstört werden – der zuständige Präsident verkündet: ‚Unser Kapitalismus ist stark!‘ In diesem Geist macht er sich für das amerikanische Geschäft daheim sowie in aller und gegen alle Welt stark. Aber wenn es das bloß wäre. Die US-Regierung betreibt zugleich eine Mobilmachung ganz anderer Art, ihren ‚Kampf gegen den Terrorismus‘. Für dieses Kriegsprogramm mobilisiert die Weltmacht ihre Wirtschaftsmacht daheim und auswärts. Der Reichtum der amerikanischen Nation, die den ganzen Glo-

bus als ihre Reichtumsquelle nutzt, hat – Wirtschaftskrise hin oder her – die Mittel für globale kriegerische Weltaufsicht herzugeben. Mit diesem Beschluss macht Amerika den Übergang zu einer Welt-Kriegswirtschaft neuen Typs. Ihren Antiterrorkrieg, der lauter Schadensfälle produziert, Geldquellen lahm legt und die Basis amerikanischer Finanzmacht schmälert, offeriert die US-Regierung der herrschenden Klasse der Industriebosse, Aktienspekulanten und Staatsschuldenhändler als neue Geldquelle. Amerikas ausgreifender Gewaltbedarf als neue Geschäftsgrundlage, das verändert die Konditionen des Weltmarkts und die Konkurrenz der am Weltgeschäft beteiligten Staaten ziemlich gründlich.

Der **GegenStandpunkt** klärt auf über *Amerikas Krisenpolitik, über die Fortschritt vom Rüstungsbudget zum Kriegshaushalt, über die Eigenart und die Widersprüche der neuen amerikanischen Weltkriegsökonomie* – kurz: über das *Verhältnis von Gewalt und Geschäft*, wie es Amerika gegenwärtig definiert und praktiziert.

**Japans politische Krisenökonomie**  
Beobachter konstatieren, dass im Unterschied zu Europa und den USA in der zweitgrößten

kapitalistischen Nationalökonomie eine dauerhafte ‚Deflation‘ die Wirtschaft ‚lähmt‘, dass die japanischen Banken nun schon seit 10 Jahren auf Bergen fauler Kredite sitzen, dass das Land in eine Dauerrezession verfallen ist, von der es sich nicht erholt, dass der Staat Aber- und Abermilliarden an Staatskredit zur Aufrechterhaltung des Kreditwesens und zur Ankurbelung der Konjunktur mobilisiert hat – ohne dass das Wachstum zustande kommt, dass die Kreditberge wieder gut und die Unternehmen wieder kreditwürdig macht. Und sie wundern sich, dass gleichwohl der oberste Geldhüter des Landes mit seinem Kredit international nicht infrage gestellt wird. Dessen Finanzmacht verhindert offensichtlich seit 10 Jahren erfolgreich den fälligen Offenbarungseid. Der **GegenStandpunkt** erklärt, *wie und mit welchen Konsequenzen die Weltfinanzmacht Japan ihr Geld rettet*.

### Der ‚große Wurf‘ der Hartz-Kommission

Wer nicht arbeitet, verdient auch keinen Lebensunterhalt. Dieses Dogma gilt auch angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen – wenn also offensichtlich immer weniger Leute gebraucht werden, um vermehrten Reichtum zu schaffen. Um so mehr widmet sich die Allgemeinheit der Suche nach Rezepten, wie den Arbeitslosen trotzdem wieder eine Erwerbsarbeit verschafft werden kann. Die Regierung beauftragt sogar eine Arbeitsgruppe, ihre Phantasie walten zu lassen und ‚unkonventionelle‘, bislang unerhörte ‚innovative‘

Vorschläge zur Bewältigung des ‚Arbeitslosenproblems‘ zu entwickeln. Die tut das auch und wartet mit einer Liste von Maßnahmen auf, mit denen, wie es offiziell heißt, ‚der Druck auf die Arbeitslosen verschärft‘ werden soll: Man kommt ihnen mit neuen Zumutungen und Schikanen, die ihre materielle Lage verschlechtern. Und seltsam: Das geht unwidersprochen als Dienst an den Arbeitslosen durch. Mit der gültigen Problemfassung: Was lässt sich dafür tun, dass die Arbeitslosen Beschäftigung bekommen? sind die Gemeinheiten offensichtlich vorprogrammiert. Es geht nämlich darum, die brachgelegte Arbeitskraft für deren potentielle Anwender zu einem attraktiveren Angebot zu machen. Was der Kommission dazu alles eingefallen ist und wie sie damit ankommt, das behandelt der Artikel: *Das neue Arbeitsamt: vermarkten statt vermitteln*.

Im Buchhandel erhältlich:  
Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen  
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,  
Bahnhofspl. 9, 90459 Nürnberg,  
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12,  
90402 Nürnberg  
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403  
Nürnberg  
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauerstr.  
38, 90473 Nürnberg  
Bestellungen beim GEGENSTANDPUNKT-  
Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München  
Tel.: 089/272 16 04; Fax: 089/272 16 05  
Email: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)  
Internet: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)